

Vier Gedanken für eine erneuerte ver.di

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich stehe heute hier als jemand, der seit über fünf Jahrzehnten gewerkschaftlich organisiert ist – als Krankenpfleger, Gewerkschaftssekretär und als einer, der gelernt hat: Frieden ist die Grundlage von allem. Ohne Frieden ist alles nichts.

Warum also habe ich kandidiert?

Weil ich überzeugt bin: Unsere Gewerkschaft steht an einem Scheideweg. Wir erleben eine Zeit, in der große Worte fallen – Zeitenwende, „neue Verantwortung“, geopolitische Führungsrolle. Doch tatsächlich erleben wir eine tiefgreifende wirtschaftliche, soziale und politische Krise, die sich immer stärker in Richtung Militarisierung und Aufrüstung zuspitzt. Der Kapitalismus gerät an Grenzen, und der scheinbare Ausweg heißt Hochrüstung. Die Folgen tragen nicht die Profiteure – sondern die Beschäftigten. Wir.

Es ist meiner Meinung nach in dieser Situation falsch und gefährlich, wenn wir meinen, es sei richtig ein „weiter so“ vorzuschlagen.

Ich möchte mich zu vier Punkten äußern:

1. Zum Frieden und zur Zeitenwende
2. Zum Profil unserer Gewerkschaft
3. Zur Mitgliederbeteiligung
4. Zur Einheitsgewerkschaft

Frieden und Zeitenwende – die gefährliche Straße, auf die man uns führt

Deutschland soll kriegstüchtig werden. Diese Botschaft begegnet uns überall – in Schulen, in Betrieben, im Alltag, sogar auf Brötchentüten. Die Zeitenwende ist kein abstrakter Begriff. Sie bedeutet: Geld, das für Daseinsvorsorge, Bildung, Gesundheit und ökologische Transformation gebraucht wird, fließt in Rüstung.

Militärausgaben schaffen keine Werte und werfen keine Erträge ab. Sie verschlingen Mittel, die an anderer Stelle fehlen. Die Rechnung wird aufgemacht, wenn man uns wieder von „leeren Kassen“ erzählt – und die Beschäftigten sollen es ausbaden.

Die Umverteilung zu unserem Nachteil wird weitergehen, jeder Euro, der in dem riesigen Rüstungshaushalt versenkt wird, wird für Bildung, eine funktionierende Daseinsvorsorge oder den ökologischen Umbau der Industrie fehlen.

Es gibt kein Butter **und** Raketen. Diesen Zusammenhang müssen wir erkennen und aussprechen.

Die Menschen in Deutschland sollen kriegstüchtig werden.

Kommt es zum Krieg, sterben nicht die Kinder der Reichen in den Schützengräben – sondern unsere Kolleginnen und Kollegen. Auf beiden Seiten der Front.

Mit der vereinbarten Stationierung neuer Mittelstrecke Raketen mit Einsatzkommando in Mainz-Kastel, der Taurus-Stationierung in Büchel und der Modernisierung der dort lagernden US-Atomwaffen befindet sich unsere Region bei einer militärischen Eskalation im Fadenkreuz. Wenn es zum atomaren Abschlag kommt, dann werden wir im Rhein-Main-Gebiet und rund um Ramstein verglühen, ganz egal, ob es hinterher einen Sieger gibt oder nicht.

Militärausgaben sind keine Investitionen, die später Erträge abwerfen, betont Dierk Hirschel. Dazu kommt der zukünftige Schuldendienst. Wenn die Konjunktur weiter lahmpt, dann fehlen die Euros für die Daseinsvorsorge und auch der Verteilungsspielraum für Tarifrunden im Öffentlichen Dienst wird kleiner.

Während unsere Kolleginnen und Kollegen an den Krankenhausbetten fehlen, plant man ein Gesundheitssicherstellungsgesetz für den Kriegsfall.

Nach der Ökonomisierung nun auch die Militarisierung des Gesundheitswesens – das dürfen wir nicht schweigend hinnehmen.

Ich hätte es für richtig gefunden, wenn auch unser Landesbezirk wie der Landesbezirk Baden-Württemberg für die Friedensdemo am 3.10. in Stuttgart und Berlin aufgerufen hätte.

Begreifen wir, dass das 5%-Ziel der Aufrüstung ein Angriff auf unsere sozialen und demokratischen Rechte darstellt.

Unsere Aufgabe ist es, im Spannungsfeld zwischen betrieblicher Interessenvertretung und gesellschaftlichem Engagement unsere Rolle als Friedensorganisation wahrzunehmen.

In diesem Sinne hat unser Ortsverein Saar-Blies zwei Friedensanträge auf diese Konferenz eingebracht.

Wenn wir als Gewerkschaften der Militarisierung und der Aufrüstung nicht widersprechen, werden wir Teil eines gefährlichen Spiels.

Deshalb sage ich klar:

Abrüsten statt Aufrüsten. Frieden statt Kriegstüchtigkeit.

Mut zur Konfrontation – ver.di braucht Profil

Wir sind zu leise geworden. Zu angepasst.

Wo ist unsere Stimme, wenn Krankenhäuser geschlossen werden?

Wo ist der Protest gegen soziale Spaltung, gegen Militarisierung, gegen Ungerechtigkeit? Wo ist unsere laute Kritik an der sozialen Schieflage in diesem Land?

Gewerkschaften dürfen nicht nur verwalten – sie müssen gestalten.

Wir brauchen Mut zur Konfrontation – und keine Angst vor Ecken und Kanten. Man nennt das Profil.

Schaue ich bei Google und gebe die Namen der Landesleitung ein, dann finde ich keinen Vorschlag oder eine Idee zur Gestaltung unserer Länder. Es fehlt an Profil. Hat man Angst auch mal etwas gegen die Landesregierungen zu sagen?

Manchmal muss ich an Friedrich Schiller denken, der in seinem Wallensteins Tod schrieb: „Ich hab hier bloß ein Amt und keine Meinung.“

Wir haben die herrschenden Verhältnisse zu kritisieren. Die aktuelle Unzufriedenheit der Menschen ist berechtigt. Damit die Menschen ihre Antwort nicht bei rechten Rattenfängern suchen, braucht es Gewerkschaften, welche die gemeinsamen Kämpfe der Beschäftigten anführen.

Wir brauchen eine Gewerkschaft mit Haltung. Mit Rückgrat. Mit Lautstärke.

Selbstermächtigung statt Stellvertreterpolitik

Wir werden weniger – und das darf uns nicht kaltlassen.

ver.di lebt dort, wo Menschen sich ermächtigen: in Betriebsgruppen, in Tarifkommissionen, in Bewegungen, in Konflikten.

Unser Gewerkschaftsrat hat drei Kernarbeitsfelder benannt und dazu Aufgaben beschlossen. Wir wurden aufgefordert, sich den Erfahrungsschatz der Organisation aktiv anzueignen und umzusetzen. Ich bin sehr unzufrieden mit unserem Landesbezirk, wir sind nicht sehr weit gekommen bei der Umsetzung dieses Beschlusses.

Wir brauchen eine neue Kultur der Beteiligung. Keine Stellvertreterpolitik, sondern Selbstermächtigung.

Ich wünsche mir mehr Transparenz und Vertrauen. Mir gefällt es nicht, dass ich als langjähriger Funktionär mir den Rundbrief des Ortsvereins vom Bezirk genehmigen lassen muss.

Ich finde es auch sonderbar, dass z.B. die ver.di-Vertreter für die DGB-Gremien nicht in unseren Vorständen gewählt werden, sondern vom Hauptamt bestimmt wurden. Unsere Gruppe hat noch nicht einmal gewusst, dass die Wahlen anstanden.

Wir haben gezeigt, wie es geht – mit der Krankenhausbewegung wie mit dem Pflegestreik Saar und dem Pflegeaufstand

Rheinland-Pfalz, mit unserem Eintreten für eine Verkehrswende, mit kämpferischen Tarifkommissionen, die ihre Teams aktiv einbezogen haben.

Oder, ich erinnere an die von uns entwickelten Ultimatumsstrategie. Ich selbst habe neun Ultimaten erfolgreich im Gesundheitswesen mit organisiert.

Das ist mein Bild von Gewerkschaft: von unten nach oben, politisch, mutig, solidarisch.

Einheitsgewerkschaft – unsere große Stärke

Jetzt noch etwas zur Einheit.

Schon mit meiner Bewerbung habe ich ein Papier eingereicht, wie ich mir die Arbeit als Landesleitung vorstelle und welche Voraussetzungen ich mitbringe.

Seit meiner Bewerbung habe ich viele Gespräche geführt. Manche blickten kritisch auf mein Alter. Das kann ich verstehen – besonders in einer Zeit, in der man das Rentenalter weiter anheben will.

Aber Erfahrung ist kein Makel.

Entscheidend ist, was wir tun – und ob wir gestalten wollen.

Diese Gespräche haben mich zum Nachdenken gebracht. Mein Ziel war es, eine Diskussion anzustoßen, Kraft zu sammeln, Perspektiven zu öffnen. Dieses Ziel habe ich erreicht.

Ich will, dass wir darüber nachdenken, wie wir die ver.di gemeinsam verändern und verbessern können.

Es ist Zeit für einen Aufbruch. Dabei ist mir das politische Gewicht unserer Organisation wichtiger als ein Amt.

Deshalb ziehe ich jetzt meine Kandidatur zurück – nicht aus Resignation, sondern weil mir das gemeinsame Gewicht unserer Gewerkschaft wichtiger ist als ein Amt.

Ich will die Einheit der Gewerkschaft hüten wie unseren Augapfel. Das war die Lehre als unsere Väter und Mütter aus den KZs und aus dem Krieg nach Hause kamen. Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.

Dafür braucht es eine ver.di, die lauter wird, unbequemer und kämpferischer.

Ich bleibe Teil der Gewerkschaft, Teil unserer Kämpfe.

Ich bitte diejenigen, die mich wählen wollten, um Verständnis. Die Kandidatur war der einzige Weg, alternative Gedanken vorzustellen. Lasst uns daran aber bitte gemeinsam weiter arbeiten.

Seien wir wachsam und mutig.

Ich weiß auch: Nur gemeinsam sind wir stark. Und nur gemeinsam können wir diese Gewerkschaft erneuern.

Ich wünsche der neuen Landesleitung Kraft, Mut und ein solidarisches Glückauf!